

9

85

Union in Deutschland

Mit Sonderbeilage
NRW

Bonn, den 14. März 1985

Hoher Sieg in Berlin

Trotz Saarbrücken: Koalition hat ihre Bewährungsprobe bestanden

Zum Ausgang der Landtagswahl an der Saar, den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und den hessischen Kommunalwahlen erklärte der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, auf einer Pressekonferenz in Bonn nach der Sitzung des Präsidiums und des Bundesvorstandes:

Die Wahlen am 10. März waren Zwischenwahlen. Die Erfahrungen seit 1949 beweisen, daß Zwischenwahlen für die Regierungsparteien, die in Bonn regieren, immer besonders schwierig waren. Wir haben im Parteivorstand eine sehr offene Analyse vorgenommen, immer unter der Voraussetzung, daß wir die Details noch sehr genau nachprüfen müssen. So müssen wir das tatsächliche Jungwählerverhalten untersuchen, weil man aus den Einzelauszählungen jetzt noch keine seriösen Schlüsse ziehen kann.

Im Vergleich zwischen dem Saarland und Berlin ist deutlich, daß der wirtschaftliche Aufschwung und die Zukunftserwartungen sehr unterschiedlich beurteilt wurden. In Berlin konnten wir unsere Politik überzeu-

In dieser Ausgabe lesen Sie:

■ WAHLEN

Auszüge aus der Pressekonferenz von Helmut Kohl, Eberhard Diepgen und Werner Zeyer im Bonner Konrad-Adenauer-Haus
ab Seite 2

■ HEINER GEISSLER

Die CDU wird ihre Position als Volkspartei verdeutlichen und ausbauen
Seite 3

■ ERGEBNISSE

Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Berlin, im Saarland und der Kommunalwahlen in Hessen
ab Seite 7

■ BUNDESPARTEI

Die meisten Anträge aus den Gliederungen befassen sich mit dem Leitantrag
Seite 15

■ ZITATE

Kommentare zum Ausgang der Wahlen vom 10. März
Seite 24

■ DOKUMENTATION

Frauenbeschäftigung und neue Techniken.
Eine Zusammenfassung der Anhörung im Konrad-Adenauer-Haus zur Vorbereitung des Bundesparteitages in Essen
grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

gend darlegen. Im Saarland, wo wir ungewöhnlich schwierige regionale und strukturelle Verhältnisse aus der Vergangenheit haben, ist uns dies nicht gelungen.

In die Offensive gehen

Wir werden aus diesem Grunde in den nächsten Monaten auf diesem Gebiet hart und offensiv arbeiten müssen, um die Notwendigkeit der Stabilitätspolitik als Voraussetzung für den Wiederaufstieg unserer Wirtschaft noch deutlicher zu machen und den Zusammenhang zwischen einer Wiederbelebung unserer Wirtschaft und dem Stopp und Abbau der Arbeitslosigkeit stärker ins Bewußtsein zu bringen. Die notwendigen Opfer, die wir unseren Bürgern aufgrund der vorgefundenen Erblast der Vorgängerregierung zumuten mußten, konnten in einigen Bereichen noch nicht hinreichend erklärt werden, wurden dementsprechend auch nicht vollständig begriffen und schon gar nicht akzeptiert.

Für die Situation der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland ergeben sich aus den Wahlergebnissen eine Reihe sehr wichtiger Perspektiven. So wird es z. B. von größtem Interesse sein, welche Konsequenzen die Sozialdemokratische Partei aus dem Wahlerfolg von Oskar Lafontaine ziehen wird. Sein Kurs, der ja ein klar linksorientierter Kurs innerhalb der SPD ist, hat natürlich Bedeutung für die Entwicklung der SPD in Bonn. Es ist Oskar Lafontaine gelungen, mit seiner Politik die GRÜNEN im Saarland auf ein Minimum von Stimmen herunterzudrücken, in einer Größenordnung, mit der in dieser Weise vorher niemand rechnete. Das hat sicherlich Bedeutung für die ursprüngliche Konzeption, die Willy Brandt nach einer Land-

tagswahl vor einiger Zeit einmal entwickelt hatte.

Hier ergeben sich vor allem wichtige Perspektiven für die Wahl in Nordrhein-Westfalen. Wir gehen davon aus, daß das Ergebnis dieser Landtagswahl noch offener geworden ist. Die Frage, ob im neuen Landtag in Düsseldorf vier oder drei Fraktionen vertreten sein werden, wird für den Ausgang der Wahl und für die Beurteilung der zukünftigen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen von größter Bedeutung sein. Die Wahlen am 10. März haben auch deutlich gezeigt, daß sich die FDP konsolidiert hat, ganz gewiß auch mit Stimmen, die aus dem Lager der CDU gekommen sind. Das gilt für Berlin, das gilt auch für das Saarland. Aber ungeachtet dieser Stimmen — die ich ausdrücklich erwähnen möchte — ist es sicherlich richtig, daß sich der Konsolidierungsprozeß der FDP fortgesetzt hat. Ich persönlich gehe fest davon aus, daß die FDP dem neuen Landtag in Nordrhein-Westfalen angehören wird.

Alle Kraft für NRW

Wir hatten ein sehr unterschiedliches Wählerverhalten im Blick auf die GRÜNEN und Alternativen. Aber ich glaube, daß auch die Erwartungen der Alternativen in Berlin nicht in Erfüllung gegangen sind. Übrigens auch nicht die Prognosen, die es in diesem Zusammenhang gab. Die Prognosen für die Alternativen gingen alle von einem besseren Ergebnis aus. Gleiches gilt für die GRÜNEN an der Saar. Auch die Prognosen für sie lagen höher als ihr tatsächliches Abschneiden.

Für die CDU ist jetzt von großer Bedeutung, daß wir unsere ganze Kraft — und das heißt auch: mit einem sehr persönlichen Einsatz aller in der Partei — für die Wahl in Nordrhein-Westfalen einsetzen. Wir werden diesen Wahlkampf offensiv

Heiner Geißler:

Die CDU wird ihre Position als Volkspartei verdeutlichen und ausbauen

Die Wahl zum 11. Berliner Abgeordnetenhaus erbrachte eine eindrucksvolle Bestätigung der vom Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen geführten CDU/FDP-Koalition. Sowohl die Berlinwahl wie auch die Landtagswahl im Saarland sind kein Test für die Bundestagswahl, weil sie erstens zu unterschiedlich ausgefallen sind und zweitens spezifisch regionale Gründe für den Wahlausgang von Bedeutung waren. Im Saarland hat wohl ohne Zweifel im Unterschied zur Bundessituation eine ausgeprägte pessimistische Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Arbeitslosigkeit eine Rolle gespielt.

Zwischen der CDU und der FDP kam es bei beiden Wahlen zu einem Stimmenaustausch, der es notwendig macht, in Zukunft gemeinsam Stimmen über das jetzige Wählerpotential zu gewinnen.

Erfahrungen früherer Legislaturperioden zeigen, daß bei Landtagswahlen zur Halbzeit der Legislaturperiode die Regierungspartei in Bonn gewisse Einbußen bei den Wählern hinnehmen muß.

Für die CDU ist dieses Wahlergebnis Anlaß, alle Anstrengungen zu unternehmen, ihre Position als Volkspartei zu verdeutlichen und auszubauen. Die Politik der CDU in Berlin war gekennzeichnet durch die Förderung eines modernen technologisch orientierten wirtschaftlichen Wachstums, einer Politik der sozialen Integration und der sozialen Gerechtigkeit und der Sicherung des äußeren und inneren Friedens. Insofern kann die Wahl Berlins für die Zukunft der Union Modell und Perspektive sein. Dies gilt im übrigen auch für Frankfurt.

Im Zentrum der politischen Arbeit der CDU werden auch in Zukunft Wirtschaftswachstum und Bewältigung der Arbeitslosigkeit, die Umweltpolitik, die Sicherung der Renten und die Gleichberechtigung der Frau stehen.

führen, und wir rechnen uns für die Wahlentscheidung eine gute Chance aus. Im Blick auf das Jahr 1987 möchte ich sagen, daß mich gerade die Details der gestrigen Wahlentscheidung in meinem Urteil ganz sicher machen, daß die Koalition aus FDP, CSU und CDU 1987 eine sehr gute Chance hat, erneut die Bestätigung des Wählers zu erhalten. Wir werden unsere ganze Arbeit auch auf dieses Ziel konzentrieren.

Im Jahre 1986 haben wir noch einmal drei Landtagswahlen. Das wird im Frühjahr die Wahl in Niedersachsen sein, im Herbst die Wahlen in Bayern und in Hamburg. Wir müssen jetzt schon in unserer mittelfristigen politischen Planung diese Termine im Blick auf die Entscheidung vormerken, die dann vermutlich am 3. Februarsonntag 1987 bei den Bundestagswahlen zu treffen ist.

■ WAHLEN

Berlin: Bei den Erststimmen über 50 Prozent für die CDU

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, stellte auf der Pressekonferenz fest:

In Berlin ist es nach einem intensiven Wahlkampf mit Unterstützung des Bundeskanzlers, von Mitgliedern der Bundesregierung und aus vielen Landesverbänden der Union gelungen, das beste Wahlergebnis für Berlin im Grunde zu erreichen. Das beste Wahlergebnis, darunter verstehe ich eine Stärkung der bürgernahen Koalition im Abgeordnetenhaus in einer bemerkenswerten Weise.

Alle haben bis vor kurzem damit gerechnet, daß es in Berlin ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Opposition und Koalition gibt. Tatsache ist, daß jetzt im Berliner Abgeordnetenhaus die Koalition mit 55 Prozent eine sehr tragfähige Mehrheit hat, während die Opposition, und zwar SPD und Alternative Liste zusammen, nur auf 43 Prozent gekommen sind. Das ist das wirklich Bemerkenswerte an diesem Wahlergebnis, und es zeigt, daß eine gute Ausgangsposition für die Bewältigung der Probleme der Stadt damit gegeben ist. Probleme der Stadt, die nach wie vor im Bereich des Arbeitsmarktes, des Umweltschutzes liegen.

Aber wir können vor dem Hintergrund dieses Wahlergebnisses, das eine Bestätigung der kontinuierlichen Arbeit der letzten vier Jahre ist, an diese Aufgaben weiter herangehen, und dazu rechne ich — ich wiederhole das noch einmal — die Anstrengung von Berlin aus zum Bereich der

Deutschlandpolitik, der Fortsetzung des deutsch-deutschen Dialoges, die Anstrengungen auf dem Bereich der Wirtschaftspolitik, des Arbeitsmarktes, des Umweltschutzes und der Stadtgestaltung. In Berlin haben allerdings nicht nur Wahlen zum Abgeordnetenhaus stattgefunden, sondern, wenn man eine Gewichtung vornimmt, kann man von drei verschiedenen Wahlgängen sprechen.

Im Bereich der sogenannten Erststimmen, also den Direktkandidaten, konnte die Union ein Ergebnis von über 50 Prozent erreichen. Wir haben von den 71 Wahlkreisen 69 gewinnen können und dabei beispielsweise alle Wahlkreise in so traditionellen sozialdemokratischen Gebieten wie dem ehemals roten Wedding, der jetzt von der Situation des Abgeordnetenhauses aus voll von Vertretern der Union bestimmt wird. Ich finde, das ist ein bemerkenswertes Ergebnis, über das ich mich auch sehr freue und was eines deutlich macht, daß es der Union in Berlin gelungen ist, einfach weil sie mit ihrer Wirtschaftspolitik Zukunftsperspektiven gegeben hat, tief in den Bereich der Arbeitnehmer und insbesondere der Facharbeiterschaft einzudringen und hier viele Stimmen zu gewinnen, insbesondere von den Sozialdemokraten.

Wir haben in Berlin darüber hinaus auch Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen, das heißt letztlich Kommunalwahlen, gehabt. Wir haben in Berlin 12 Bezirke, 10 Bezirke werden weiterhin führend von der Union bestimmt, weil es gelungen ist, in 7 Bezirken eine absolute

WAHLEN

An der Saar: Der Koalition fehlten 14 000 Stimmen

Der saarländische Ministerpräsident Werner Zeyer erklärte auf der Pressekonzferenz u. a.:

Wir haben gestern eine schwere Wahlniederlage erlitten. Da gibt's nichts zu rütteln und zu deuteln, auch nichts zu beschönigen, wir haben insgesamt einen Verlust hinnehmen müssen von 6,7 Prozent. Nun geht sicherlich ein Teil der Verluste auf die zusätzlichen Stimmen, die der FDP gegeben worden sind. Es haben viele CDU-Wähler vor der Wahl schon erklärt, daß sie der FDP ihre Stimmen geben wollen, um die FDP sicher über die Fünf-Prozent-Hürde zu bringen. Ich halte es aber für müßig, jetzt darüber zu diskutieren, ob dies drei oder vier Prozentpunkte gewesen sein mögen. Das allein erklärt den hohen Verlust nicht. Wir haben ganz eindeutig auch Verluste hinnehmen müssen durch Stimmenverluste gegenüber der SPD.

Wir kennen die strukturellen Probleme, die in unserem Land bestehen. Sie haben den Wahlkampf weitgehend bestimmt. Wir haben nach Bremen die zweithöchste Ar-

Mehrheit in den Bezirksverordnetenversammlungen zu erreichen und dort ebenfalls in Bezirken, die eigentlich traditionell Arbeitnehmerbezirke sind, wie der Bezirk Neukölln, der größte Bezirk des Landes Berlin, wo die Union erstmals eine Mehrheit gewinnen konnte.

Ich bin über dieses Ergebnis sehr froh. Dabei hat der Kollege Zeyer eben schon darauf hingewiesen, daß es bei diesem

beitslosigkeit in einem Bundesland, und wir werden auch künftig mit schwierigen strukturellen Fragen zu tun haben. Es ist uns ganz offensichtlich nicht gelungen, die Leistungen der CDU und der Bundes- und Landesregierung für die Erhaltung, für den Fortbestand von Arbed-Saar-Stahl der Bevölkerung richtig zu verdeutlichen, denn damit sind ja nicht nur die Arbeitsplätze der Arbed-Saar-Stahl gesichert worden, sondern Zehntausende von Industriearbeitsplätzen auch in anderen Bereichen.

Der SPD-Landesvorsitzende hat den Stahlarbeitern erklärt, im Falle eines SPD-Wahlsieges werde man Arbed-Saar-Stahl verstaatlichen, und er hat damit suggeriert, daß damit auch die derzeitige Zahl von Arbeitsplätzen voll erhalten bleibe. Er hat außerdem den Stahlarbeitern Sozialpläne versprochen mit einer monatlichen Netto-Einkommensabsicherung von 90 Prozent und ganz offensichtlich hat dies eine Rolle gespielt und vor allem Stahlarbeiter in größerer Zahl auf die Seite der SPD zusätzlich gezogen.

Im Bergbau sehe ich die Situation etwas

Wahlergebnis auch eine Wanderungsbe-
wegung gegeben hat innerhalb der Koalition. Ich will hier festhalten, daß offensichtlich die Union in Berlin stärker als das Zweitstimmen-Ergebnis ist. An Erststimmen und an den Bezirksverordneten-Ergebnissen wird deutlich, daß hier eine Bewegung noch hin zum Koalitionspartner stattgefunden hat, aber insgesamt ist dadurch die Koalition stärker geworden. ■

■ WAHLEN

Hessen: In Frankfurt errang die CDU erneut die absolute Mehrheit

„Wir haben zum Teil bittere Stimmeinbußen erlitten“, räumte der hessische CDU-Landesvorsitzende, Oberbürgermeister Dr. Walter Wallmann, am Tage nach der hessischen Kommunalwahl vor dem Landesvorstand seiner Partei ein. Als Oberbürgermeister von Frankfurt sei er dankbar über das gute Wahlergebnis, nicht aber als Landesvorsitzender.

Es darf nach Ansicht von Dr. Wallmann aber nicht vergessen werden, daß die Kommunalwahlen zu einem Zeitpunkt stattgefunden hätten, wo in Bonn gerade Halbzeit sei, und die Bundesregierung habe eine schwierige Erblast übernommen. Sie sei dabei, den Karren aus dem Dreck zu ziehen. Trotz allem sei bei manchen Bürgern Unzufriedenheit aufgekommen, so daß darauf die Verluste der CDU im wesentlichen zurückzuführen seien.

Wallmann warf der SPD vor, eine hemmungslose Agitation betrieben zu haben. Sie habe zum Teil eindeutige Unwahrhei-

ten verbreitet. Der Landesvorsitzende bekräftigte vor dem Vorstand, daß es nach wie vor eine staatspolitische Notwendigkeit sei, ein rotgrünes Bündnis in Hessen zu verhindern. „So wie die Dinge sind, ist eine SPD/CDU-Regierung im Interesse des Landes dringend geboten.“ Aber die SPD habe wohl keinerlei Neigung, das CDU-Angebot ernsthaft zu prüfen. Zur Politik der Bundesregierung gebe es keinerlei Alternative. Wallmann rief abschließend seine Partei zur Geschlossenheit auf, Resignation sei fehl am Platz.

Entsprechend kommentiert die FAZ vom 13. März 1985:

Obwohl Wallmann die Bundesregierung verteidigte und auf sein eigenes gutes Abschneiden als Gegenbeweis verwies, zeigt die Analyse, daß die Wähler in Frankfurt ihre Stimmen bedacht zu verteilen wußten: Wallmann blieb mit 49,5 Prozent der Stimmen knapp unter der absoluten Stimmenmehrheit; doch die CDU verlor in den gleichzeitig gewählten Ortsbeiräten der Stadtteile erheblich mehr Stimmen.

anders, aber alles in allem ist es uns nicht gelungen, die notwendige Zahl von Arbeiterstimmen aus dem Bereich des früheren Potentials der SPD zu gewinnen. Ich will nur auf die Zahl noch einmal hinweisen: CDU und FDP haben an der Saar rund 14000 Stimmen weniger als die SPD, aber das macht auch deutlich, daß selbst bei einer Aufaddition es eben nicht gereicht hat, so daß es — ich sage es noch einmal — müßig ist, zu diskutieren, wieviel Pro-

zentpunkte der CDU an die FDP verlorengegangen sind. Andererseits ist natürlich stimmenmäßig der Vorsprung der SPD auch nicht so sehr groß. Jedenfalls nicht so, wie er sich derzeit in der Mandatsverteilung auswirkt.

Eine letzte Bemerkung: Es ist der SPD gelungen, die GRÜNEN zurückzugewinnen, und diese Rückbewegung von den GRÜNEN zur SPD hat bei der SPD positiv zu Buche geschlagen.

Wahlen

zum Berliner Abgeordnetenhaus und zum Saarländischen Landtag sowie Kommunalwahlen in Hessen am 10. März 1985

— Vorläufige amtliche Endergebnisse —

Die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus

	Abgeordnetenhaus 1985		Abgeordnetenhaus 1981	
Wahlberechtigte	1 507 303		1 514 642	
Wahlbeteiligung	1 260 407	(83,6)	1 291 842	(85,3)
Gültige Stimmen	1 245 015		1 262 166	

	Stimmen*)	%	Sitze**)	Stimmen*)	%	Sitze**)
CDU	577 810	46,4	69 (69)	605 265	48,0	65 (58)
SPD	402 987	32,4	48 (2)	483 778	38,3	51 (17)
FDP	105 198	8,4	12	70 529	5,6	7
AL	132 456	10,6	15	90 653	7,2	9
SEW	7 713	0,6		8 176	0,6	—
DA	15 866	1,3				
LD	1 416	0,1				
SVD	1 406	0,1				
ÖDP	163	0,0				

*) Zweitstimmen — **) in Klammern: Zahl der Direktmandate

Abkürzungen:

AL = Alternative Liste — Für Demokratie und Umweltschutz
 SEW = Sozialistische Einheitspartei West-Berlin
 DA = Demokratische Alternative

LD = Liberale Demokraten
 SVD = Soziale Volkspartei Deutschlands
 ÖDP = Ökologisch-Demokratische Partei

Ergebnisse in den Wahlkreisverbänden

(Zweitstimmen-Ergebnisse 1981 in Klammern)

Tiergarten

CDU	46,8 %	(43,6 %)
SPD	33,5 %	(38,8 %)
FDP	— %	(5,1 %)
AL	16,8 %	(11,1 %)
SEW	0,9 %	(1,0 %)

Spandau

CDU	43,9 %	(45,3 %)
SPD	39,8 %	(44,1 %)
FDP	8,3 %	(5,6 %)
AL	6,2 %	(4,2 %)
SEW	0,4 %	(0,4 %)

Steglitz

CDU	48,4 %	(52,1 %)
SPD	28,2 %	(33,3 %)
FDP	11,2 %	(6,7 %)
AL	10,1 %	(6,8 %)
SEW	0,6 %	(0,6 %)

Wedding

CDU	43,5 %	(43,1 %)
SPD	39,2 %	(44,4 %)
FDP	4,6 %	(4,6 %)
AL	9,9 %	(6,8 %)
SEW	0,8 %	(0,9 %)

Wilmerdsorf

CDU	46,3 %	(51,3 %)
SPD	26,9 %	(32,3 %)
FDP	12,2 %	(6,6 %)
AL	12,8 %	(8,8 %)
SEW	0,5 %	(0,6 %)

Tempelhof

CDU	50,3 %	(51,9 %)
SPD	31,6 %	(36,8 %)
FDP	9,7 %	(6,0 %)
AL	6,4 %	(4,8 %)
SEW	0,4 %	(0,5 %)

Kreuzberg

CDU	37,8 %	(40,3 %)
SPD	31,0 %	(38,9 %)
FDP	4,4 %	(4,5 %)
AL	24,8 %	(14,8 %)
SEW	1,2 %	(1,2 %)

Zehlendorf

CDU	49,3 %	(55,7 %)
SPD	23,3 %	(29,8 %)
FDP	15,0 %	(6,2 %)
AL	10,9 %	(7,6 %)
SEW	0,3 %	(0,3 %)

Neukölln

CDU	48,7 %	(46,3 %)
SPD	34,8 %	(43,1 %)
FDP	6,0 %	(4,2 %)
AL	8,2 %	(5,6 %)
SEW	0,7 %	(0,8 %)

Charlottenburg

CDU	45,3 %	(47,8 %)
SPD	29,5 %	(35,9 %)
FDP	5,3 %	(5,8 %)
AL	14,1 %	(9,6 %)
SEW	0,6 %	(0,6 %)

Schöneberg

CDU	41,8 %	(44,2 %)
SPD	29,2 %	(36,2 %)
FDP	7,8 %	(6,2 %)
AL	18,8 %	(12,1 %)
SEW	0,8 %	(0,8 %)

Reinickendorf

CDU	48,3 %	(49,6 %)
SPD	34,4 %	(39,5 %)
FDP	9,1 %	(5,8 %)
AL	9,5 %	(4,1 %)
SEW	0,5 %	(0,6 %)

Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen

	1985		1981	
	%	Mandate	%	Mandate

Tiergarten

CDU	45,9	22	43,1	21
SPD	33,0	15	38,0	18
FDP	—	—	4,6	—
AL	18,4	8	12,6	6

Wedding

CDU	41,5	20	42,7	21
SPD	43,6	21	44,6	21
FDP	2,6	—	3,8	—
AL	9,9	4	7,4	3

Kreuzberg

CDU	38,5	18	40,0	19
SPD	30,9	15	38,3	19
FDP	2,5	—	3,8	—
AL	25,5	12	16,0	7

Charlottenburg

CDU	47,8	23	47,5	23
SPD	30,4	15	35,5	17
FDP	4,4	—	4,7	—
AL	14,8	7	10,9	5

Spandau

CDU	42,5	21	44,0	22
SPD	46,1	22	45,2	23
FDP	3,6	—	4,5	—
AL	5,9	2	5,0	—

Wilmersdorf

CDU	50,9	25	50,6	24
SPD	26,9	13	31,3	14
FDP	5,5	2	5,7	2
AL	14,6	7	11,0	5

	1985		1981	
	%	Mandate	%	Mandate

Zehlendorf

CDU	54,4	27	52,9	26
SPD	21,3	10	25,8	12
FDP	4,8	—	4,6	—
AL	9,0	4	6,7	3
WUB*)	9,3	4	9,3	4

Schöneberg

CDU	43,5	22	44,0	21
SPD	29,5	14	35,0	16
FDP	4,2	—	5,1	2
AL	19,4	9	14,2	6

Steglitz

CDU	51,8	25	51,3	24
SPD	28,7	13	32,3	15
FDP	5,4	2	6,2	2
AL	11,9	5	8,5	4

Tempelhof

CDU	53,7	26	51,8	25
SPD	32,1	16	36,8	18
FDP	4,5	—	4,7	—
AL	7,5	3	5,5	2

Neukölln

CDU	48,2	24	45,8	22
SPD	36,2	17	41,8	20
FDP	3,6	—	4,1	—
AL	9,2	4	6,8	3

Reinickendorf

CDU	50,1	24	48,3	24
SPD	36,7	18	41,0	21
FDP	4,0	—	4,4	—
AL	6,4	3	4,9	—

*) Wählergemeinschaft Unabhängiger Bürger

Ergebnisse der Wahlen zum Abgeordnetenhaus seit 1950

Partei	1950	1954	1958	1963	1967	1971	1975	1979	1981	1985
CDU	24,6	30,4	37,7	28,8	32,9	38,2	43,9	44,4	48,0	46,4
SPD	44,7	44,6	52,6	61,9	56,9	50,4	42,6	42,7	38,3	32,4
FDP	23,0	12,8	3,8	7,9	7,1	8,5	7,1	8,1	5,6	8,4
SEW	—	2,7	1,9	1,4	2,0	2,3	1,8	1,1	0,6	0,6
AL	—	—	—	—	—	—	—	3,7	7,2	10,6

Sitzverteilung im Abgeordnetenhaus seit 1950

Partei	1950	1954	1958	1963	1967	1971	1975	1979	1981	1985
CDU	34	44	55	41	47	54	69	63	65	69
SPD	61	64	78	89	81	73	67	61	51	48
FDP	32	19	—	10	9	11	11	11	7	12
AL	—	—	—	—	—	—	—	—	9	15
	127	127	133	140	137	138	147	135	132	144

Die Wahl zum Saarländischen Landtag

	Landtag 1985		Landtag 1980		Bundestag 1983*)		Europa 1984	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Wahlberechtigte	844 035		826 219		841 073		843 657	
Wahlbeteiligung	717 463	(85,0)	702 466	(85,0)	761 886	(90,6)	661 331	(78,4)
Gültige Stimmen	704 872		694 745		752 188		634 983	
CDU	262 964	(37,3)	305 584	(44,0)	336 999	(44,8)	270 435	(42,6)
SPD	346 575	(49,2)	315 432	(45,4)	329 436	(43,8)	276 648	(43,6)
FDP	70 716	(10,0)	47 977	(6,9)	44 934	(6,0)	24 687	(3,9)
GRÜNE	17 625	(2,5)	19 945	(2,9)	35 787	(4,8)	41 806	(6,6)
DKP	2 334	(0,3)	3 703	(0,5)	2 471	(0,3)	—	—
NPD	4 658	(0,7)	—	—	1 234	(0,2)	—	—

*) Zweitstimmen

Mandatsverteilung

	Landtag 1985	Landtag 1980
CDU	19	23
SPD	27	24
FDP	5	4
GRÜNE	—	—

Einzelergebnisse

Landtagswahlkreis Saarbrücken	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	FDP	Grüne
Landtagswahl 1985	83,1	33,7	51,3	11,5	2,5
Landtagswahl 1980	83,0	40,6	47,1	8,5	2,9
Bundestagswahl 1983	88,6	41,3	45,8	7,1	5,0
Europawahl 1984	74,6	39,7	45,5	4,6	6,8

Kommunalwahlen*) in Hessen im Vergleich zu anderen Wahlen

	Kommunalwahl 1985		Kommunalwahl 1981		Landtagswahl 1983		Bundestagswahl 1983	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Wahlberechtigte	4 090 830		3 993 759		4 075 611		4 071 991	
Wahlbeteiligung	3 108 744	(76,0)	3 049 135	(76,3)	3 404 656	(83,5)	3 673 072	(90,2)
Gültige Stimmen	3 043 463		2 995 413		3 373 853		3 641 509	
CDU	1 250 074	(41,1)	1 420 779	(47,4)	1 329 292	(39,4)	1 614 641	(44,3)
SPD	1 329 677	(43,7)	1 179 048	(39,4)	1 559 725	(46,2)	1 513 449	(41,6)
FDP	160 592	(5,3)	179 180	(6,0)	256 801	(7,6)	275 787	(7,6)
GRÜNE	215 909	(7,1)	128 859	(4,3)	200 415	(5,9)	218 898	(6,0)
Wahlgemeinschaften	65 151	(2,1)	65 506	(2,2)	925	(—)	—	(—)

*) Stadtverordnetenwahlen in den kreisfreien Städten und Kreiswahlen

Sitzverteilung

	1985	1981
CDU	821	957
SPD	895	806
FDP	73	98
GRÜNE	129	51
Wahlgemeinschaften	36	42

Gemeindewahlen

Kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden

	1985		1981		
	Stimmen	%	Stimmen	%	Sitze
Wahlberechtigte	4 094 955		3 987 986		
Wahlbeteiligung	3 105 755	75,8	3 046 325	76,4	
Gültige Stimmen	3 041 180		2 983 353		
CDU	1 174 424	38,6	1 336 215	44,8	5 629
SPD	1 335 921	43,9	1 188 909	39,9	5 450
FDP	133 648	4,4	160 194	5,4	568
GRÜNE	152 799	5,0	51 828	1,7	73
Wahlgemeinschaften	228 142	7,5	228 204	7,6	1 429

Kreiswahlen

Landkreise insgesamt

	1985			1981		
	Stimmen	%	Sitze	Stimmen	%	Sitze
Wahlberechtigte	3 163 026			3 058 863		
Wahlbeteiligung	2 450 466	77,5		2 393 018	78,2	
Gültige Stimmen	2 395 255			2 348 169		
CDU	969 519	40,5	660	1 102 004	46,9	768
SPD	1 051 977	43,9	720	934 217	39,8	649
FDP	132 222	5,5	55	143 368	6,1	79
GRÜNE	163 767	6,8	96	99 971	4,3	36
Wahlgemeinschaften	61 710	2,6	36	52 235	2,2	35

Gemeindewahlen

Einzelergebnisse in den kreisfreien Städten

	Wahl- beteiligung	CDU	SPD	FDP	Grüne	Wahlgem.
Darmstadt						
1985	71,5	33,7	45,6	5,8	9,5	5,0
1981	71,9	42,6	41,4	5,2	—	10,1
Frankfurt am Main						
1985	72,6	49,6	38,6	2,6	8,0	—
1981	70,7	54,2	34,0	4,3	6,4	—
Offenbach						
1985	67,9	42,2	43,3	5,5	8,3	—
1981	68,5	47,4	39,6	5,9	5,9	0,6
Wiesbaden						
1985	66,7	42,2	43,8	6,3	6,9	—
1981	65,1	48,9	37,7	8,2	—	4,8
Kassel						
1985	73,1	33,5	51,7	5,8	8,5	—
1981	75,4	41,3	45,4	6,0	6,7	—

Einzelergebnisse in weiteren großen Städten

	Wahl- beteiligung	CDU	SPD	FDP	Grüne	Wahlgem.
Rüsselsheim						
1985	71,9	36,7	46,9	5,4	—	9,3
1981	75,2	40,8	36,0	5,8	—	16,5
Hanau						
1985	74,6	38,2	51,1	4,7	5,6	—
1981	72,6	45,0	44,9	5,6	—	3,7
Gießen						
1985	70,7	43,2	40,3	5,3	8,4	—
1981	72,9	52,5	33,7	5,9	6,8	0,4
Wetzlar						
1985	69,2	34,1	48,7	5,6	5,5	5,4
1981	71,2	41,0	42,6	6,8	—	8,8
Marburg						
1985*)	75,9	36,2	40,8	4,4	11,4	—
1981	76,3	41,7	37,2	5,3	5,9	1,8
Fulda						
1985	71,3	50,9	27,0	7,0	5,6	9,5
1981	72,5	64,7	24,4	5,6	—	5,3
Bad Homburg						
1985	71,0	50,1	30,2	10,2	9,1	—
1981	68,7	48,7	30,3	10,0	5,7	4,8

*) DKP: 5,2 (8,1)

Kreiswahlen

Einzelergebnisse in den Landkreisen

	Wahl- beteiligung	CDU	SPD	FDP	Grüne	Wahlgem.
Bergstraße						
1985	76,4	45,9	42,9	4,7	6,6	—
1981	77,2	50,2	40,8	5,2	3,4	—
Darmstadt-Dieburg						
1985	77,3	40,6	43,6	4,9	8,2	2,0
1981	79,9	47,0	40,2	6,4	5,3	—
Groß-Gerau						
1985	75,7	34,8	49,6	4,5	10,4	—
1981	77,9	37,7	42,0	4,8	14,2	—
Hochtaunuskreis						
1985	75,3	46,7	35,5	9,3	8,6	—
1981	74,6	52,2	32,4	9,3	5,7	—
Main-Kinzig-Kreis						
1985	76,4	43,3	44,3	5,1	6,7	—
1981	77,1	48,5	41,1	5,8	3,7	—
Main-Taunus-Kreis						
1985	75,3	46,5	31,7	7,5	8,1	5,4
1981	75,4	52,4	32,1	8,5	5,9	—
Odenwaldkreis						
1985	81,4	31,1	49,7	3,1	6,4	9,3
1981	83,9	38,5	46,0	3,7	2,6	8,7
Offenbach						
1985	74,4	47,3	37,3	5,4	9,1	—
1981	75,9	50,7	36,1	6,3	6,2	—
Rheingau-Taunus-Kreis						
1985	74,2	42,2	39,0	6,4	7,5	4,7
1981	75,2	51,5	36,9	7,5	4,1	—
Wetteraukreis						
1985	76,2	41,6	44,6	5,8	6,5	—
1981	79,2	47,6	41,6	6,2	4,2	—
Gießen						
1985	78,0	35,5	42,8	4,3	7,6	8,4
1981	78,7	43,4	39,5	5,2	4,4	7,1
Lahn-Dill-Kreis						
1985	70,5	36,4	45,2	4,5	5,1	7,8
1981	70,8	45,2	40,8	5,3	—	8,0
Limburg-Weilburg						
1985	77,1	47,5	43,1	3,9	5,2	—
1981	77,2	55,5	38,9	4,9	—	—
Marburg-Biedenkopf						
1985	78,0	42,1	41,4	2,0	7,1	5,2
1981	78,4	44,3	38,2	4,0	3,9	7,5
Vogelsbergkreis						
1985	81,5	35,9	50,3	9,0	4,5	—
1981	80,9	44,5	40,9	7,2	3,1	4,3

	Wahl- beteiligung	CDU	SPD	FDP	Grüne	Wahlgem.
Fulda						
1985	77,5	57,0	26,0	5,0	4,6	7,0
1981	78,9	66,2	21,4	4,2	2,4	5,4
Hersfeld-Rotenburg						
1985	81,7	35,7	53,5	4,6	5,0	0,3
1981	84,2	42,5	47,1	4,4	—	5,7
Kassel						
1985	87,5	29,9	57,9	5,0	6,8	—
1981	82,9	37,7	49,6	6,6	5,6	—
Schwalm-Eder-Kreis						
1985	83,9	32,0	54,3	6,5	5,5	1,5
1981	85,0	41,0	47,3	6,7	4,6	—
Waldeck-Frankenberg						
1985	76,5	34,6	42,7	9,3	5,2	7,9
1981	75,9	41,6	35,4	9,8	4,7	7,8
Werra-Meißner-Kreis						
1985	81,3	31,3	55,8	7,3	5,0	—
1981	82,8	41,9	50,1	6,9	—	—

Ergebnisse der letzten Landtagswahlen in den Bundesländern

Land	letzte Wahl	Ergebnisse (in Prozent)					nächste Wahl
		CDU	SPD	Grüne	FDP	DKP	
Berlin	10. 3. 1985	46,4	32,4	10,6 ¹⁾	8,4	0,6 ²⁾	1989
Baden-Württemberg	25. 3. 1984	51,9	32,4	8,0	7,2	0,3	1988
Bayern	10. 10. 1982	58,3 ³⁾	31,9	4,6	3,5	—	1986
Bremen	25. 9. 1983	33,3	51,34	5,43 ⁴⁾	4,59	—	1987
Hamburg	19. 12. 1982	38,6	51,3	6,8	2,6	0,4	1986
Hessen	25. 9. 1983	39,4	46,2	5,9	7,6	0,3	1987
Niedersachsen	21. 3. 1982	50,7	36,5	6,5	5,9	0,3	1986
Nordrhein-Westfalen	11. 5. 1980	43,2	48,4	3,0	4,98	0,3	1985
Rheinland-Pfalz	6. 3. 1983	51,9	39,6	4,5	3,5	0,2	1987
Saarland	10. 3. 1985	37,3	49,2	2,5	10,0	0,3	1990
Schleswig-Holstein	13. 3. 1983	49,0	43,7	3,6	2,2	0,1	1987
Bundestag	6. 3. 1983	48,8 ⁵⁾	38,2	5,6	7,0	0,2	1987

1) AL
 2) SEW
 3) CSU
 4) BGL (Grüne): 2,36 %
 Die Grünen: 5,43 %
 5) CDU/CSU

■ BUNDESPARTEI

271 Anträge zum Parteitag – die meisten zum Leitantrag

271 Anträge sind bis zum 8. März 1985 aus den Gliederungen der Partei für den 33. Bundesparteitag der CDU in Essen eingegangen. 230 dieser Anträge befassen sich mit Themen des Leitantrages des Bundesvorstandes, den „Leitsätzen der CDU für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau“.

Dabei wurde festgestellt, so Generalsekretär Heiner Geißler auf einer Pressekongress in Bonn, daß in allen Gliederungen der Partei eine breite Übereinstimmung in den Grundfragen dieses wichtigen Problems besteht. Die Änderungsvorschläge betreffen vor allen Dingen Details. Die restlichen Anträge betreffen verschiedene organisatorische und politische Bereiche wie zum Beispiel die Agrarpolitik, die Probleme der Wirtschaftsstruktur in Nordrhein-Westfalen oder die Organisation der Senioren-Union.

Der entscheidende Grund für die intensive Beschäftigung des CDU-Parteitages mit der Situation der Frau in Politik und Gesellschaft ist der grundlegende Bewußtseins- und Einstellungswandel der Frauen, der in den letzten Jahrzehnten begonnen hat und noch nicht abgeschlossen ist. Immer mehr junge Frauen versuchen, Familie und Erwerbstätigkeit miteinander zu verbinden. Die Strukturen unserer Gesellschaft sind aber noch stark geprägt von der Vorstellung, die Aufgabe der Frau sei auf die der Mutter und Hausfrau und die Aufgabe des Mannes auf die der Berufstätigkeit beschränkt. Die CDU

als große deutsche Volkspartei wird auf ihrem Parteitag die Konsequenzen aus den veränderten Anforderungen ziehen, die Frauen an Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stellen. Dabei werden alle, Männer und Frauen, von manchen lieb gewordenen Vorstellungen Abschied nehmen müssen.

Die Schwerpunkte unseres Programms sind u. a.:

- Anerkennung der Gleichwertigkeit von Arbeit in Beruf und Familie,
- Erleichterungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie,
- verbesserte Rückkehrmöglichkeiten für Frauen und Männer in den Beruf,
- gleiche Ausbildungs- und Aufstiegschancen von Frauen im Beruf,
- eine stärkere Mitwirkung der Frauen in der gesellschafts- und parteipolitischen sowie in der parlamentarischen und ehrenamtlichen Arbeit.

Eine besondere Rolle hat in der öffentlichen Diskussion der vergangenen Wochen die Forderung nach Einführung des Erziehungsgeldes und einer damit verbundenen einjährigen Arbeitsplatzgarantie gespielt. Bei dieser Arbeitsplatzgarantie für Mütter oder Väter handelt es sich um eine politische Prioritätsentscheidung. Sie macht deutlich, daß die Präambel zu den Leitsätzen der CDU nicht Rhetorik bleibt, sondern in die politische Praxis umgesetzt wird. Dadurch werden die politischen und rechtlichen Bedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie geschaffen. Es wird verhindert, daß Frauen, die ein

Kind bekommen und für ein Jahr beim Kind bleiben wollen, oder Männer, die den Erziehungsurlaub in Anspruch nehmen, den Arbeitsplatz verlieren. Die Arbeitsplatzgarantie kann aber nicht losgelöst von weiteren arbeitsfördernden Maßnahmen gesehen werden. Dazu gehört die Zulassung befristeter Arbeitsverträge. Sie ermöglichen es vor allem kleinen und mittelständischen Unternehmen für die Zeit des Erziehungsurlaubs eine Ersatzkraft einzustellen. Die Möglichkeit, im Erziehungsurlaub einer Teilzeitbeschäftigung von bis zu 20 Stunden nachzugehen, erhält Frauen und Männern den Kontakt zur Berufs- und Arbeitswelt.

Nach den bisherigen Erfahrungen mit dem Mutterschaftsurlaub kehren nur 50 Prozent der Frauen, die die Arbeitsplatzgarantie in Anspruch genommen haben, wieder an ihren alten Arbeitsplatz zurück. Dies bedeutet, daß in der Zukunft für 50 Prozent der eingestellten Ersatzkräfte aus den befristeten Arbeitsverträgen ein unbefristeter werden kann. Diese Entlastung des Arbeitsmarktes ist keine einmalige Angelegenheit, sondern findet ihre Fortsetzung auch in den darauffolgenden Jahren.

Die Behauptung, die Unternehmer würden wegen der Arbeitsplatzgarantie keine Frauen mehr einstellen, geht von einem Bild des Unternehmers aus, das wir in der Bundesrepublik Deutschland erfreulicherweise überwunden haben. Dies hat auch die bisherige Praxis mit dem Mutterschaftsurlaub und der Arbeitsplatzgarantie für Soldaten und Zivildienstleistende eindeutig bewiesen.

In Österreich gibt es bereits seit 1957 einen einjährigen Karenzurlaub mit einer Wiedereinstellungsgarantie. Dort liegt die Beschäftigungsquote von Frauen bei 38,7, in der Bundesrepublik Deutschland bei

38,2 Prozent. In Frankreich dauert der Erziehungsurlaub — ebenfalls verbunden mit einer Wiedereinstellungsgarantie — zwei Jahre, bei Teilzeitarbeit sogar drei Jahre. In Frankreich beträgt die Beschäftigungsquote von Frauen 38,6 Prozent. In Schweden haben Mütter und Väter seit 1981 einen Anspruch auf Erziehungsurlaub für 18 Monate. Dort beträgt die Beschäftigungsquote von Frauen 46,2 Prozent; sie ist gegenüber 1977 (43,7 Prozent) um 5,2 Prozent gestiegen. Die Erfahrungen in diesen Ländern widerlegen die jetzt geäußerte Besorgnis, die Arbeitsplatzgarantie könne sich negativ auf die Beschäftigungschancen von Frauen auswirken.

In Essen werden über 3 000 Teilnehmer erwartet

Heiner Geißler erklärte am Mittwoch, 13. März 1985, vor der Presse in Bonn:

Der Frauentag auf dem 33. Bundesparteitag in Essen ist Ausdruck der Entschlossenheit der CDU, den Charakter als Volkspartei zu verdeutlichen und auszubauen. Die CDU muß eine moderne Volkspartei sein, die den gesellschaftlichen Wandel gestaltet, verschiedene Interessen und Richtungen integriert und nach einer breiten Diskussion tragfähige Lösungen durchsetzt. Die CDU muß eine sozial aufgeschlossene Volkspartei bleiben, d. h., sie muß die Fragen und Probleme der Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung aufgreifen, wobei sich die CDU vor allem denen verantwortlich weiß, die keine machtvollen Interessenverbände hinter sich haben. Die CDU muß eine bürgernahe Volkspartei bleiben, d. h., sie muß Politik für den einzelnen Menschen und nicht für Interessengruppen betreiben. Deshalb ist der Frauentag auf dem CDU-Parteitag mehr als nur eine vordergründige

ge Beschäftigung mit Gruppeninteressen der Frauen. Er nimmt den gesellschaftlichen Wandel auf und versucht eine Politik zu gestalten, die zu einer neuen Partnerschaft zwischen Mann und Frau führt. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit und zur Weiterentwicklung unserer freiheitlichen Gesellschaft geleistet. Dies kommt nicht nur den Frauen, sondern allen Bürgern zugute. Für Erfolge bei den kommenden Landtagswahlen und den Bundestagswahlen 1987 ist entscheidend, daß die CDU diese Eigenschaften einer Volkspartei offensiv herausstellt und ihr eigenes Profil auch in der Regierungsverantwortung zeigt.

Im Mittelpunkt des ersten Plenartages des Parteitagges werden die Berichte des Vorsitzenden, des Generalsekretärs, des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion, der EVP-Fraktion des Europäischen Parlamentes sowie des Schatzmeisters, die Aussprachen dazu und die Wahlen zum Bundesvorstand stehen. Der Vorsitzende, der Generalsekretär und der Schatzmeister werden erneut kandidieren. Um die 7 Positionen der stellvertretenden Parteivorsitzenden bewerben sich 8 Politiker. Neben den bisherigen Präsidiumsmitgliedern Hanna-Renate Laurien, Gerhard Stoltenberg, Norbert Blüm, Ernst Albrecht, Lothar Späth und Bernhard Worms sind dies der westfälische Landesvorsitzende Kurt Biedenkopf und der hessische Landesvorsitzende Walter Wallmann. Um die 20 Sitze im Bundesvorstand bewerben sich bisher 23 Delegierte. Parteipräsidium und Bundesvorstand werden für 2 Jahre gewählt, mit Ausnahme des Generalsekretärs, der für 4 Jahre gewählt wird.

Das starke Interesse der Öffentlichkeit an dem 33. Bundesparteitag der CDU zeigt, daß die CDU Fragen aufgegriffen hat, die viele Mitglieder bewegen. Über 3000 Teilnehmer, darunter über 1200 Journalisten, werden zu diesem Parteitag erwartet. Es

wird von der Teilnehmerzahl her der größte Parteitag sein, den die CDU bisher veranstaltet hat. Unter den Parteitagsteilnehmern werden auch 500 Frauen aus den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen der Bevölkerung sein. Diese Gäste haben auf dem Frauentag volles Rede-recht. Nach den bisher vorliegenden Zusagen sind 29% von ihnen Hausfrauen, 38% Arbeitnehmerinnen, davon 8% Beamtinnen, 17% Selbständige, 11% Schülerinnen und Studentinnen sowie 3% Rentnerinnen. ■

Leinen soll Honorar zurückzahlen

Der frühere Vorsitzende des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Josef Leinen, soll ein im Zusammenhang mit einem Kohlekongreß im Oktober 1981 in Anspruch genommenes Honorar in Höhe von 2500 DM zurückzahlen, hat der Haushaltsausschuß in einem Entschlußantrag von CDU/CSU und FDP mit den Stimmen der Koalition gefordert. Der Ausschuß hatte einen Bericht des Bundesrechnungshofs über den Kohlekongreß der Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute, für den aus Mitteln des Forschungsministeriums 25000 DM gezahlt wurden, und über eine Wanderausstellung des BBU behandelt, für die im Jahre 1980 80000 DM gewährt worden waren.

Beim Kohlekongreß hält der Bundesrechnungshof einen Betrag von insgesamt 5358 DM für nicht vertragsgemäß, darunter 2500 DM Honorar für Leinen. Nicht ausreichend nachgewiesen sei ein Betrag von rund 4000 DM. Verurteilt wird in der Entschlußung die Weigerung des BBU, dem Bundesrechnungshof die Belege für die Wanderausstellung vorzulegen. Der Ausschuß erwarte, daß der Rechnungshof bei weiterer Weigerung seine Rechte im Klagewege durchsetzt.

■ KOMMUNALES

Gewerbsteuer immer noch eine Säule der Gemeindefinanzen

Die Finanzminister und Finanzsenatoren der Länder haben unter Vorsitz des niedersächsischen Ministers der Finanzen, Burkhard Ritz, in ihrer Sitzung am 24. Januar 1985 in Bonn mit den Vertretern der kommunalen Spitzenverbände aktuelle finanzpolitische Fragen behandelt. Im Mittelpunkt der Beratungen standen Fragen zur Finanzausstattung der Städte und Gemeinden.

Im Rahmen des Gesprächs wurden auch Probleme hinsichtlich der künftigen Gestaltung der kommunalen Steuerquellen behandelt.

Dazu knüpft die Finanzministerkonferenz an ihre Feststellungen aus 1984 an, daß die augenblickliche Finanzsituation der Gesamtheit der Kommunen — bei allerdings erheblichen regionalen und strukturellen Unterschieden — besser ist als die von Bund und Ländern und daher insoweit kein akuter Handlungsbedarf besteht. Im übrigen sind alle zur Zeit diskutierten steuerlichen Einnahmequellen für die Kommunen, die ggf. an die Stelle der Gewerbesteuer treten könnten, entweder mit Nachteilen behaftet oder in ihren Auswirkungen noch nicht hinreichend geprüft. Daher gibt es zur Zeit keine Alternative zur Gewerbesteuer.

Die Länderfinanzminister erklären sich jedoch grundsätzlich bereit, diese Fragen in einer Arbeitsgruppe zusammen mit Vertretern der Innenministerkonferenz zu prüfen. Etwaige Vorschläge wären u. a. an folgenden Grundsätzen zu messen.

- Keine einseitige Lastenverschiebung zwischen Ländern und Gemeinden,
- keine zusätzlichen Lasten für Bürger und Wirtschaft.

Die Länderfinanzminister stellen fest, daß die inzwischen erreichten ersten Konsolidierungserfolge auf allen öffentlichen Ebenen es gestatten, das kommunale Finanzsystem ohne Zeitdruck zu beraten. Da die Länderfinanzminister erwarten, daß die Politik der Konsolidierung aller öffentlichen Haushalte weiter fortschreitet, sind sie der Auffassung, daß diese Fragen nicht nur unter dem Aspekt akuter Finanzprobleme einzelner Gemeinden gesehen werden dürfen, sondern auch ganz allgemein unter dem der künftigen Steuerstruktur einschließlich der Auswirkungen auf die Steuerpflichtigen.

Die Länderfinanzminister stellen fest, daß Länder und Gemeinden grundsätzlich eine einheitliche Auffassung vertreten, wonach die Gewerbesteuer nach wie vor eine wesentliche Säule des kommunalen Einnahmesystems darstellt.

Verfassungsklage „konsequenter Schritt“

Als „konsequenter Schritt“ hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die von den Ministerpräsidenten der unionsregierten Bundesländer angedrohte Verfassungsklage gegen die Einführung der Fernsehwerbung im Dritten Fernsehprogramm des Hessischen Rundfunks bezeichnet. Der medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dieter Weirich erklärte in Bonn, die seit dem 1. Januar dieses Jahres eingeführte Werbung im Dritten Fernsehprogramm verstoße nicht nur gegen eine bestehende Ministerpräsidenten-Vereinbarung, sie unterlaufe auch einen vernünftigen rundfunkpolitischen Konsens der Bundesländer und stelle eine unangemessene Ausdehnung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks dar.

■ SOZIALER WOHNUNGSBAU

Wohnungspolitik der GRÜNEN: Rückfall in die Zwangswirtschaft

Die Fraktion der GRÜNEN im Deutschen Bundestag hat auf der Grundlage eines von ihr in Auftrag gegebenen Gutachtens zur „kommunalen Wohnungsgemeinwirtschaft“ einen Vorschlag zur Reform der Wohnungspolitik vorgelegt. Die Freiheit der Bürger bei der Wahl ihrer Wohnung soll durch staatliche Zwangswirtschaft abgelöst werden. Ein riesiger, kostspieliger, unwirksamer und unkontrollierbarer Verwaltungsapparat wäre die Folge.

Zwar bezieht sich das Gutachten zunächst auf die gemeinnützige Wohnungswirtschaft und den Sozialen Wohnungsbau, die Aussagen reichen jedoch weit darüber hinaus. Sie sind auf das langfristige Ziel angelegt, die gesamte Wohnungswirtschaft zu vergesellschaften. Denn die „Herausnahme der Wohnungsverversorgung aus der kapitalistischen Verwertung“ bedeutet: Marktwirtschaft wird durch Gemeinwirtschaft ersetzt, und das Privateigentum wird in gemeinwirtschaftliches Eigentum überführt.

Zwischenschritte auf diesem Weg sind die Umlenkung und Verstärkung der Subventionen zugunsten der Gemeinschaft bis hin zu unmittelbaren Eingriffen in das Privateigentum. Alle Sozialwohnungen und alle Wohnungen der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen sollen auf Dauer einer Sozialbindung unterliegen. Langfristig sollen auch die bereits gebauten privaten Mietwohnungen in die Wohnungsgemeinwirtschaft überführt werden. Die Eigen-

tumsförderung und der Bau von Eigentumswohnungen im Sozialen Wohnungsbau würden unmittelbar eingestellt. So soll erreicht werden, daß es langfristig nur noch Mietwohnungen in der Wohnungsgemeinwirtschaft gibt.

Die Mieten sollen dadurch verringert werden, daß der Wohnungsmarkt vom Kapitalmarkt abgekoppelt wird. Das Gutachten spricht von einem Anteil der Zinszahlungen von etwa 70 Prozent an der Kostenmiete. Wenn keine Zinsen zu zahlen wären, könnten die Mieten kräftig gesenkt werden.

Die Bautätigkeit würde vorrangig kommunalen Baufonds übertragen, die außerdem Grundstücksreserven anlegen und verwalten sowie die Entschuldung vorhandener Wohnungen durchführen müßten. Finanzieren sollen sich diese Baufonds unter anderem aus folgenden Quellen: einer Solidarabgabe der Mieter; Aufwendungen des Bundes und der Länder für Wohngeld; aus Mitteln in Höhe der bisherigen steuerlichen Eigentumsförderung sowie aus zinslosen Wohnungsbaudarlehen der Deutschen Bundesbank. Mieterorganisationen und Bewohnervertretungen sollen über die Verwendung der Mittel eine demokratische Kontrolle ausüben.

Folgte man diesen Plänen, dann würde der Bürger bei der Wohnungsnutzung entmündigt und kollektiv bevormundet, denn er erhielte künftig seine Wohnung von der kommunalen Verwaltungsgesellschaft zugeteilt. Persönliche Vorstellungen wären unerwünscht. Der Mieter hätte keinen Entscheidungsspielraum mehr. Die Verwal-

tungsgesellschaft würde ihm die Wohnung zuteilen oder verweigern. Die Wohnungszwangswirtschaft wäre das Maß aller Dinge.

Auch schwerwiegende wirtschaftliche und finanzpolitische Gründe sprechen gegen die Vorschläge. Denn was passiert, wenn keine Zinsen auf das Kapital mehr gezahlt werden? Jeder würde versuchen, sein Kapital aus dem Wohnungsbau herauszuziehen. Es stünden keine privaten Finanzmittel für den Wohnungsbau mehr zur Verfügung.

Die vorgeschlagene Art, Mieten möglichst niedrig zu halten, würde die Tendenz zur Wohnraumverschwendung fördern. Wenn die Mieten nur noch ein politischer Preis wären, dann gäbe es keine wirklichen An-

reize mehr, die Wohnung zu nutzen, die den persönlichen Ansprüchen und Forderungen am besten entspricht. Bauliche Maßnahmen würden nicht mehr nach der Dringlichkeit des Bedarfs vorgenommen. Eine Geldverschwendung unvorstellbaren Ausmaßes wäre vorprogrammiert.

Schließlich wollen die GRÜNEN das Wohngeld abschaffen. Das würde bedeuten: Die einkommensschwachen Haushalte hätten weniger Mittel zur Verfügung und würden völlig abhängig von der zuständigen Wohnungsbürokratie.

Der Vorsitzende der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden, Konrad Carl, hat die Pläne der GRÜNEN als „Rückfall in die Steinzeit“ bezeichnet. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Wohngeld: 900 Millionen Mark zusätzlich

Die Bundesregierung hat einen Entwurf zur Novellierung des Wohngeldgesetzes verabschiedet. Von 1986 an sind erhebliche Verbesserungen des Wohngeldes vorgesehen. Insgesamt stehen dann mit einem gleich hohen Länderanteil 900 Millionen Mark mehr zur Verfügung. Im einzelnen sind folgende Verbesserungen vorgesehen:

Zunächst steigen die Höchstbeträge für die Miete bzw. die Belastung, die bei der Wohngeldberechnung berücksichtigt werden, um durchschnittlich 20 Prozent. Gleichzeitig werden die Einkommensgrenzen um 20 Prozent erhöht. Künftig werden auch die Höchstbeträge für die Miete nicht mehr wie bislang nach der Gemeindegroße, sondern nach dem tatsächlichen örtlichen Mietniveau gestaffelt.

Der einzelne Wohngeldempfänger erhält ab 1986 im Durchschnitt 42 Mark monatlich mehr Wohngeld. Dies stellt sicher, daß einkommensschwache Mieter auch weiterhin eine angemessene Wohnung bezahlen können. Mehr als die Hälfte aller Wohngeldempfänger sind Rentner. Rent-

nerhaushalte mit hoher Mietbelastung werden durch die Neuregelung besonders entlastet.

Das Wohngeld wird noch familienfreundlicher als bisher ausgestaltet. Kinderreiche Haushalte werden stärker entlastet als kleinere Haushalte. So wird das Wohngeld für einen 4-Personen-Haushalt im Durchschnitt um 60 Mark pro Monat angehoben. Zusätzlich wird ein Familienfreibetrag zur Förderung des Zusammenlebens mehrerer Generationen eingeführt. Dies erleichtert die Betreuung älterer Angehöriger in der Familie als Alternative zur Heimunterbringung. Durch diesen Familienfreibetrag erhöht sich das Wohngeld noch einmal um etwa 45 Mark im Monat.

Nicht zuletzt tragen die Verbesserungen des Wohngeldes dazu bei, die negativen Wirkungen der Arbeitslosigkeit zu verringern. Viele Familien, die von Arbeitslosigkeit und Einkommenseinbußen betroffen sind, können ab 1986 mit deutlich höheren Wohngeldleistungen rechnen. Im Durchschnitt wird sich für sie das Wohngeld um etwa 60 Mark pro Monat erhöhen.

■ BILDUNG

Falsche Argumente in der BAFÖG-Diskussion verunsichern die Jugend

Zu der wiederholt in der Öffentlichkeit verbreiteten Behauptung, die jetzt geplanten Veränderungen beim Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFÖG) führten zu unvermeidbaren sozialen Härten, erklärte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft Anton Pfeifer in Bonn:

Die Ausbildungsförderung wird auch weiterhin ihrer ursprünglichen Zielsetzung gerecht, jungen Menschen, die ihrer Neigung, Eignung und Leistung entsprechende qualifizierte Ausbildung wirtschaftlich zu ermöglichen. Die Umstellung der Studentenförderung auf Darlehen hat keinen erkennbaren Einfluß auf das Studienverhalten und die Inanspruchnahme der Förderungsmittel ausgeübt." Pfeifer nannte es unzulässig, daß in der öffentlichen Diskussion über die Förderung nach dem BAFÖG ein Zusammenhang zwischen der Zahl der geförderten Studenten und der Umstellung auf Darlehnsförderung konstruiert werde. Die sorgfältige Prüfung der Datenlage widerlege diese Behauptung eindeutig.

Die statistischen Daten bestätigten vielmehr die Erwartung der Bundesregierung, daß die Umstellung der BAFÖG-Leistungen auf Darlehen weder zur Benachteiligung einzelner Gruppen, insbesondere auch nicht der Frauen, noch zur Veränderung der Studienwünsche generell geführt hätten. Der im Vergleich zu früher geringere Anteil der nach dem BAFÖG geförderten Studenten an der Gesamtstudenten-

zahl hat seine Ursache nicht in der Umstellung der Förderung auf Darlehen. Maßgeblich sind vielmehr folgende Gründe:

1. Die Zahl der nicht nach dem BAFÖG förderungsberechtigten Studenten ist heute höher als in der Vergangenheit, weil
 - die durchschnittliche Studiendauer immer länger wird und damit ein steigender Anteil der Studenten die Förderungshöchstdauer überschreitet;
 - die Zahl der verwaltungsinternen Fachhochschüler, die wegen der Anwärterbezüge keinen Anspruch auf BAFÖG-Förderung haben, erheblich gestiegen ist;
 - die Zahl der Studenten in Zusatz- und Zweitausbildung, für die es keine Förderung gibt, sich ebenfalls deutlich erhöht hat.
2. Die Zahl der förderungsberechtigten Studenten ist aufgrund der einschneidenden Veränderungen, die von der früheren Bundesregierung 1981 vorgenommen wurden, seit 1983 deutlich zurückgegangen. Beschlossen wurde damals, daß ein Teil dieser Eingriffe erst zum Herbst 1983 in Kraft trat. Dies hat sich deshalb auch seitdem erst ausgewirkt.

Pfeifer wies schließlich darauf hin, daß die 1983 vorgenommene Umstellung der Studentenförderung auf Darlehen nicht zu einer erkennbaren Benachteiligung der Studentinnen geführt hat. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der nach dem BAFÖG geförderten Studierenden ist mit ca. 38 Prozent nahezu identisch mit ihrem Anteil an der Gesamtzahl aller Studierenden (ca. 38,5 Prozent).

■ WOHNUNGSBAU

Steuerliche Neuregelung schafft keine Nachteile

Die Bundesregierung sieht vor, die steuerliche Förderung selbstgenutzten Wohneigentums ab 1. Januar 1987 neu zu regeln. Dazu erklärt der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, MdB Hansjörg Häfele:

Die heutige §-7b-Förderung wird für Bauherren und Erwerber von selbstgenutztem Wohneigentum in der Weise verbessert, daß die Obergrenze der Anschaffungs- oder Herstellungskosten für die Bemessung des fünfprozentigen Absetzungsbetrags von bisher 200 000 und 250 000 Mark (Mehrfamilienhaus) auf allgemein 300 000 Mark angehoben wird. Der vorübergehend geltende Schuldzinsenabzug von bis zu 10 000 Mark für insgesamt drei Jahre fällt ab 1. Januar 1987 weg.

Familien mit Kindern erhalten darüber hinaus während der achtjährigen Förderzeit einen Steuerabzug von 600 Mark je Kind pro Jahr.

Die neue Förderung soll für das selbstgenutzte Wohneigentum gelten, das der Eigentümer ab 1. Januar 1987 herstellt oder kauft. Für vor diesem Zeitpunkt angeschafftes oder hergestelltes Wohneigentum gibt es eine Vertrauensschutzregelung. Die Neuregelung wird für diese „Altfälle“ erst nach einer Übergangsfrist von 12 Jahren greifen, so daß plötzliche Schlechterstellungen für diejenigen, die noch nach altem Recht bauen oder kaufen, vermieden werden.

Für diejenigen, die jetzt ein Haus oder eine Eigentumswohnung bauen oder kaufen

wollen, stellt sich die Frage, ob sie dies noch im laufenden Jahr und 1986 oder aber erst 1987 — nach neuem Recht — tun sollen. Grob vereinfacht gilt:

— Wer ein Zwei- oder Mehrfamilienhaus bauen oder kaufen und eine Wohnung selbst nutzen will, für den dürfte das derzeitige Recht günstiger sein. Der volle Schuldzinsenabzug ist — bei der üblichen hohen Fremdfinanzierung — auch für die selbstgenutzte Wohnung dann noch für mindestens zwölf Jahre möglich.

— Für Bau- oder Kaufwillige eines Einfamilienhauses oder einer Eigentumswohnung, die kein Kind haben, ist bis zu Herstellungs- oder Anschaffungskosten von 275 000 Mark ebenfalls die geltende Regelung (7b-Abschreibung und drei Jahre bis zu 10 000 Mark Schuldzinsenabzug) günstiger. Natürlich hängt auch einiges vom Anteil der Eigenmittel und damit von der Möglichkeit des Schuldzinsenabzugs ab.

— Hat die bau- oder kaufwillige Familie — Einfamilienhaus oder Eigentumswohnung — ein Kind, so schlägt die Neuregelung des Steuerabzugsbetrags von 600 Mark zu Buche.

Die entscheidende Verbesserung, die das neue Recht insgesamt — also nicht bloß für die „Neufälle“ — bringt, ist eine andere: Bisher wird der Nutzungswert einer Wohnung in einem völlig selbstgenutzten Haus pauschal in Anknüpfung an dessen Einheitswert besteuert. Der Nutzungswert einer selbstgenutzten Wohnung in einem sonst vermieteten Haus wird nach der Marktmiete bemessen. Die Nutzungswertbesteuerung soll in Zukunft entfallen. Damit entfällt auch der Streit mit dem Finanzamt über die Höhe des Mietwerts der selbstgenutzten Wohnung. Zahlreiche ältere Mitbürger, die nur deshalb beim Finanzamt „verwaltet“ werden, weil sie den Nutzungswert ihres inzwischen entschuldeten Hauses zu versteuern haben, werden nichts mehr mit dem Finanzamt zu tun haben. Dies ist der Kernpunkt des neuen Rechts.

■ IDU

Vertreter der Internationalen Demokratischen Union trafen sich in Bonn

Der außenpolitische Ausschuß der Internationalen Demokratischen Union (IDU), dem weltweiten Zusammenschluß christlich-demokratischer, konservativer und liberaler Parteien, hat am 11./12. Februar 1985 in Bonn sein drittes Treffen veranstaltet.

An den Sitzungen nahmen Vertreter von 12 Mitgliedsparteien, darunter der Liberalen Partei Australiens, der Österreichischen Volkspartei, Kansallien Kokomus aus Finnland, der gaullistischen RPR aus Frankreich, der Liberal-Demokratischen Partei Japans, der Konservativen Partei Norwegens, der *Allianza Popular* aus Spanien, der *Moderate Samlings* Partei aus Schweden, der Konservativen Partei Großbritanniens, der Republikanischen Partei aus den USA sowie der CDU und der CSU teil. Aufgabe des außenpolitischen Ausschusses ist es, die internationalen Entwicklungen zu beobachten und dem Meinungsaustausch zwischen den Mitgliedsparteien zu dienen.

In Vertretung des verhinderten Vorsitzenden, des Führers der Australischen Liberalen Partei, Andrew Peacock, leitete der außenpolitische Sprecher der Liberalen Partei Australiens, Ian Macphee, die Sitzung. Er erklärte anschließend: „Wir haben in den vergangenen zwei Tagen die Aussichten für eine Friedenslösung im Mittleren Osten, die Möglichkeit für eine Reform der UNESCO, den Einfluß, den die

jüngsten Meinungsverschiedenheiten im ANZUSPAKT auf die westliche Sicherheit haben könnten, die tragische Lage der Menschen in Äthiopien und die deutsche Frage im Zusammenhang mit den Ost-West-Beziehungen beraten.“

Macphee kündigte an, daß die IDU in naher Zukunft den Generaldirektor der UNESCO, Amadou Mahtar M'Bow, zu einem Gespräch über die Lage dieser internationalen Organisation einladen werde. Der außenpolitische Ausschuß der IDU äußerte sich besorgt über den gegenwärtigen Zustand der UNESCO und äußerte die Hoffnung, daß zügig Maßnahmen ergriffen würden, um diese bedeutende internationale Organisation zu reformieren und zu stärken.

Der Ausschuß unterstützte die Kritik der Nationalpartei Neuseelands an dem Anlaufverbot der Sozialistischen Regierung Neuseelands für amerikanische Kriegsschiffe, die nicht ausdrücklich erklären, daß sie keine Atomwaffen an Bord haben. Diese Politik sei kurzsichtig und ein Verstoß gegen die Sicherheitsinteressen der Region. ■

Helmut Kohl und Norbert Blüm sprachen mit dem Reichsbund

Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesarbeitsminister Norbert Blüm empfangen am 8. März 1985 das Präsidium des Reichsbundes der Kriegsoffer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen zu einem Gespräch, in dessen Mittelpunkt Fragen der Rentenversicherung, der Kriegsopferversorgung und des Schwerbehindertenrechts standen.

Sie unterstrichen ihre gemeinsame Auffassung, daß die Sicherung der Arbeitsplätze und der Abbau der Arbeitslosigkeit eine vorrangige politische Aufgabe ist und waren sich einig, daß die Beschäftigungschancen Schwerbehinderter verbessert werden sollen.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1

ZITATE ZUR WAHL

Dieppen, der alte und neue Regierende Bürgermeister, hat offenbar richtig argumentiert im Wahlkampf, indem er der Weizsäckerschen politischen Linie noch eine Komponente der Wirtschaftspolitik hinzufügte. **DLF, 10. März 1985**

Die Berliner SPD ist am Ende. Sie muß ein neues Konzept finden, das die soziale Komponente glaubhaft macht, nicht nur Leistung des Staates fordert, sondern auch Eigeninitiative des Bürgers. Die SPD in Berlin — einst Partei der Hoffnung — wurde bis in ihre Wahlaussagen hinein zur Partei der Hoffnungslosigkeit. **DLF, 10. März 1985**

Das herausragende Ergebnis ist die verheerende Niederlage der Sozialdemokraten. Die Demütigung der Berliner SPD wird vollends deutlich, wenn man sich vor Augen führt, daß sie keinen einzigen Wahlkreis direkt mehr erobern konnte, auch nicht in ihren einstigen Hochburgen. **DFS, 10. März 1985**

Der intelligente Partei-Rechte Apel in Berlin vernichtend geschlagen, der intelligente Partei-Linke Lafontaine in Saarbrücken vom Erfolg ge-

krönt. Da stellen sich mit Personen auch Kursfragen für die SPD. **DFS, 10. März 1985**

Das erstaunlich günstige Abschneiden der FDP in Berlin und Saarbrücken ist für den Bestand der Bonner Koalition von unschätzbarem Wert. Der wichtigste Test zur Bonner Halbzeit jedenfalls scheint bestanden. Die FDP hat sich offensichtlich erholt, steht als Partner und als Mehrheitsbeschaffer weiterhin zur Verfügung. **WDR, 10. März 1985**

Der heutige Abend bedeutet so eine Bestätigung für den Kurs Kanzler Kohls, der immer auf ein längerfristiges Bündnis mit den Liberalen gesetzt hat. **DLF, 10. März 1985**

Wie sich die Zeiten ändern! Lafontaines Reden gegen die Nachrüstung, gegen Raketen führten fast zum Rausschmiß einmal aus der SPD Helmut Schmidts. Aber Willy Brandt hat ihn zum Enkel gemacht, als Hoffnung für eine neue linke SPD. **ZDF, 10. März 1985**

Lafontaines Erfolg wird seine Wirkung auf die Bundespartei nicht verfehlen. **WDR, 10. März 1985**

Jetzt müssen die Sozialdemokraten beweisen, ob sie das Wohl des Saarlandes mehren können. Die Stahlkrise muß gelöst werden, die Arbeitslosigkeit verringert werden. **DFS, 10. März 1985**

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 #. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjhe, Eberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UId